

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



NATHALIE D'ADDEZIO,
VORSTANDSMITGLIED SCHWEIZERISCHE
VEREINIGUNG PRO LIBERTATE, BERN
E-Mail: nathaliedaddezio@hotmail.com

Ausschaffen – logisch!

«Zu uns Ausländern ist die Schweiz viel zu nett. Die Schweizer sind selber schuld. Sie schmeissen uns alles hinterher ohne auch nur einen Finger zu krümmen.» Mit diesen Worten verhöhnt ein Tot-Raser aus Mazedonien die Schweiz! Wie lange lassen wir uns eigentlich noch zum Idioten machen? Es wird gemordet, geschlagen und vergewaltigt. Ich fühle mich als Frau in meinem Land nicht mehr sicher.

Am 28. November stimmen wir über die Ausschaffungsinitiative ab. Es geht konkret um die Ausschaffung krimineller Ausländer ohne Wenn und Aber. Dieser Initiative können wir ohne Bedenken zustimmen.

Stellen Sie sich vor, Sie laden Gäste zu sich nach Hause ein, welche dann in ihrer Wohnung alles klauen. Was machen Sie mit solchen Gästen? Richtig, Sie werfen sie raus und laden sie sicher nie mehr ein!

GENERAL GUISAN und die Schweizer Armee im Zweiten Weltkrieg



Bild: zvg

Der ehemalige Weltwoche-Redaktor und heutige Chefredaktor der Basler Zeitung (BaZ), Markus Somm, hat sich intensiv mit der Figur General Guisan und der Rolle des Schweizer Militärs im Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Seine Gedanken hat er im Buch «General Guisan – Widerstand nach Schweizer Art» zusammengefasst. Er widerspricht darin fundiert und faktenreich den Bergier-Historikern, welche die Rolle Guisans und des Militärs im Zweiten Weltkrieg systematisch demontiert haben. Im Exklusiv-Interview mit PRO LIBERTATE gibt Somm Einblick in seine Forschungen. Die Fragen stellte Patrick Freudiger, Vizepräsident PRO LIBERTATE.

Die Schweiz konnte im Zweiten Weltkrieg während des ganzen Krieges unter schwierigsten Umständen ihre staatliche Unabhängigkeit erhalten. Welchen Verdienst hatte die Armee an dieser Leistung?

M.S. Die Armee spielte hierbei eine sehr grosse Rolle. Die zentrale Frage für die Schweiz war: Was hatte unser Land für ein Pfand gegenüber den Nazis, um sich seine Unabhängigkeit zu erhalten. Hier sind vor allem die Alpenübergänge zu nennen. Die Gotthardroute war damals die einzige zweispurige Eisenbahnstrecke durch die Alpen.

Der überwiegende Teil der Kohlelieferungen Deutschlands an Italien erfolgten durch den Gotthard. Italien war auf diese Lieferungen in hohem Mass angewiesen, da aufgrund der alliierten Blockade Italiens ganzer Kohle-Nachschub aus Deutschland stammte. Ebenso wurden Lebensmittel durch den Gotthard transportiert. Die Gotthard-Verbindung war damit für die Achsenmächte sehr wichtig. Hier kommt die Rolle der Armee ins Spiel: Die Armee hielt den Gotthard besetzt, insbesondere mit der Réduit-Strategie. Das Réduit war eine dauernde Drohung an die Nazis: Bei einem deutschen Angriff hätte die Schweizer Armee die

Verbindungswege gesprengt. Das schreckte die Nazis ab. Eine solche Abschreckung konnte aber nur mit einer glaubwürdigen Armee erreicht werden.

Teilweise wird behauptet, dass die Gotthard-Route für Deportationszwecke gebraucht wurde.

2
3

M.S. Das ist unwahr. Nie wurden Truppen, Zwangsarbeiter oder Juden durch den Gotthard geführt. Waffentransporte erfolgten ganz selten und ab dem Jahr 1942 ebenfalls gar nicht mehr durch den Gotthard. Neutralitätsrechtlich waren solche Waffentransporte überdies nicht untersagt, sofern der Waffenproduzent ein Privater war. Die Schweiz hielt ihre Neutralität hoch. Anders als z.B. Schweden, damals ebenfalls ein neutraler Staat: Die schwedischen Behörden erlaubten eine für die Nazis wichtige Truppenverschiebung per Zug durch das Land.

Inwiefern war die Armee noch wichtig für die Schweiz?

M.S. Die Armee war für die Menschen in der Schweiz auch deshalb sehr wichtig, weil sie ein glaubwürdiges Mittel darstellte, womit man sich gegen die Nazis wehren konnte. Dabei hatten die Schweizer nie die Illusion, einen Krieg gegen die Nazis gewinnen zu können. Vielmehr ging es darum, den Nazis einen möglichst hohen Eintrittspreis abverlangen zu können und sie so davon abzuhalten, das Land überhaupt anzugreifen. Die Schweizer waren auch nie so naiv zu behaupten, nur wegen der Armee sei die Schweiz von einem Einmarsch verschont geblieben. Man wusste, dass auch Glück sowie günstige Konstellationen (andere Prioritäten der Nazis) eine Rolle spielten. Aber die Armee leistete einen gewichtigen Beitrag zur Garantie der Unabhängigkeit.

Wie war es um die Stimmung im Land nach dem Fall Frankreichs im Juni 1940 bestellt?

M.S. Dies war die wohl schwierigste Zeit für das Land in unserer jüngsten Geschichte überhaupt. Die Schweizer Strategie basierte massgeblich darauf, im Falle eines deutschen Angriffs von Frankreich Schutz zu erhalten. Mit dem überraschenden Fall Frankreichs hatte die Schweiz auf einmal keine militärische Strategie mehr. Gerade in den Eliten wuchs das Gefühl, nun sei Anpassung nötig. Einige liessen sich

blenden von der deutschen Propaganda, dem europäischen Binnenmarkt unter deutscher Führung und der Prophezeiung der Nazis, die Schweiz hätte gar keine andere Möglichkeit mehr, als sich anzupassen. Auch innenpolitisch galten autoritärere Staatsvorstellungen als Zeichen der neuen Zeit. Diese Vorstellungen fanden auch bei manchen Linken Anklang. Der Nationalsozialismus wies die Wirtschaft in die Schranken. Dies alles ging aber nie soweit, dass ein Anschluss gefordert wurde.

In dieser unsicheren Zeit war die Réduit-Rede von General Guisan enorm wichtig. Sie zeigte einen anderen Weg auf: Die Schweiz bleibt unabhängig und besinnt sich auf ihre eigenen Stärken. Guisan vermittelte den Menschen Hoffnung und Glauben an die eigene Stärke.

Welchen Stellenwert hatten nazifreundliche Elemente, insbesondere die Frontisten, in der Schweizer Politik?

M.S. Schon 1933 war für eine überwiegende Mehrheit der Schweiz sehr schnell klar: Man wollte keinen Nationalsozialismus. Es gab einen kurzen Frontenfrühling im Jahr 1933, der aber schnell wieder abklang. Die Frontisten hatten nur einen einzigen Nationalrat. Nie kamen sie über einen Wähleranteil von 3% hinaus. Die englischen Zeitungen der 30er Jahre hatten nie einen Zweifel, dass die Schweizer unabhängig bleiben wollten. Im Ersten Weltkrieg hegten viele Deutschschweizer Sympathie für Deutschland. Im Zweiten Weltkrieg war die Schweiz geeint: Es gab nie eine grössere Minderheit in der Schweiz, welche den Anschluss an Deutschland befürwortete. Diese Stimmung manifestierte sich auch 1939 bei der Wahl des Generals. Die Wahl eines Welschen war ein klares Signal an Deutschland: Die Schweiz will nichts zu tun haben mit den Nazis. Ulrich Wille, dessen Fähigkeiten in Fachkreisen in den höchsten Tönen gelobt wurden, galt als zu deutsch-freundlich und hatte bei der Wahl durch das Parlament keine Chance.

Was war General Guisan für ein Mensch?

M.S. Beharrlichkeit und eine gewisse Langsamkeit zeichneten Guisans Schaffen aus. Er war in diesem Sinne selbst eine urschweizerische Persönlichkeit. Seine grösste Stärke

war wohl sein todsicherer Instinkt. Dieser Instinkt riet ihm in der Stunde der grössten Bedrohung, nicht auf den Anschluss an ein neues Europa zu pochen, sondern im Gegenteil darauf zurückzugehen, was die Schweiz ausmacht. Guisan war konservativ und stand den welschen Liberalen nahe. Aber er war kein hochpolitischer Mensch. Es ging ihm nicht darum, eine linke oder rechte Schweiz zu verwirklichen. Anstelle von Parteienwettkampf und statt über Neues zu diskutieren war ihm wichtig, zuerst einmal das Schweizerische an der Schweiz zu bewahren. Oberstes Ziel war die Bewahrung unserer Unabhängigkeit. Auch deshalb wurde Guisan für die Menschen aus allen politischen Lagern zur Integrationsfigur.



Bild: zvg

■ ■ Gemälde von General Guisan. ■ ■

Wie verhielt sich Grossbritannien gegenüber der Schweiz nach dem Fall Frankreichs?

M.S. Auch England gab die Schweiz nach dem Fall Frankreichs auf. Englische Diplomaten waren sich nicht sicher, ob die Schweiz als unabhängiger Staat überleben würde. Die Schweiz galt, alleine und umringt von totalitären Diktaturen, als sinkendes Schiff und nicht mehr als sicher: Gelieferte Waffen wären im Falle einer Einnahme der Schweiz direkt den Nazis zugute gekommen. Die alliierte Wirtschaftsblockade gegen die Achsenmächte traf deshalb auch die Schweiz. Die Schweiz konnte deshalb nicht anders als mit den Achsenmächten Handel treiben, um die benötigten Rohstoffe zu erhalten.

Hier kommt erneut die Rolle Guisans ins Spiel. Seine Réduit-Rede hatte nicht nur auf die Menschen in der

Schweiz, sondern auch aufs Ausland Auswirkungen. Sie markierte einen Gegensatz zur Anpasserede von Bundesrat Marcel Pilet-Golaz. Die Briten sahen: Die Schweiz hält durch. Schon im Herbst 1940 lockerten die Briten die verhängte Blockade gegenüber der Schweiz und zogen sie nie ganz durch. Man hatte grosses Vertrauen in die Schweiz. Durch die unbesetzten Gebiete Frankreichs erfolgte ein Schmuggelhandel zwischen der Schweiz und Grossbritannien. Die Schweiz lieferte Zünder, welche aufgrund der hohen Präzision für die Briten wichtig waren. England wollte so auch die Schweiz in den Verhandlungen mit den Nazis stärken.

Welchen Zustand zeichnen Sie von der Armee heute?

Seit dem Ende des Kalten Krieges verlor die Armee unvorstellbar an Bedeutung. Heute hat die Armee ein Legitimationsproblem, da derzeit auf dem europäischen Festland Kriegshandlungen unwahrscheinlich sind. Dieses Vakuum wurde mit der vermehrten Ausrichtung der Armee auf Auslandseinsätze zu füllen versucht. Indes stehen diese Auslandseinsätze der Armee im Widerspruch mit der Schweizer Neutralitätstradition. Überdies werden Auslandseinsätze regelmässig nur von wenigen Armeeangehörigen durchgeführt. Die Einsätze vermögen damit nicht

der Armee als Ganzes eine Legitimation zu verleihen.

Ich plädiere für eine möglichst grosse Armee, die vom Milizprinzip geprägt ist. Wichtig ist auch das Prinzip des freien, bewaffneten Bürgers. Möglichst viele Personen sollen wissen, wie man eine Waffe bedient. Ein freier Bürger soll sich wehren können. Gewiss sind heute kriegerische Handlungen in Europa unwahrscheinlich. Indes muss die Armee auch fähig sein, das Land in 30 oder 40 Jahren noch verteidigen zu können, falls sich dann die Situation wieder ändert. Die Geschichte Europas ist untrennbar mit Krieg verbunden. Es wäre mit Blick auf die europäische Geschichte fahrlässig, die heutige Epoche des Friedens als etwas Selbstverständliches zu erachten.

Sie sind seit Kurzem Chefredaktor der Basler Zeitung (BaZ). Was sind Ihre Vorsätze als Chefredaktor dieser etablierten Tageszeitung?

Die Meinungsvielfalt in der Schweizer Presse ist heute nicht mehr allzu gross. Es hat sich ein gewisser Mainstream links der Mitte gebildet, geprägt von den Medienhäusern Ringier, der SRG und Tamedia. Das schweizerische journalistische Milieu ist heute praktisch geschlossen. Die Journalisten pflegen einen ähnlichen Lifestyle, haben das gleiche Studium hinter sich, man kennt

sich. Oft merken die Journalisten gar nicht, wie einseitig sie schreiben und dass es noch andere Meinungen gibt. Es herrscht auch ein hoher Gruppendruck, im Mainstream zu bleiben. Diese journalistische Homogenität ist geradezu langweilig geworden.

Als Chefredaktor der BaZ ist es mir deshalb ein Anliegen, echte Pluralität der Meinungen zu garantieren. Die BaZ soll ein Signal für Meinungsvielfalt setzen und so als Vorbild für andere Zeitungen dienen. Linke und bürgerliche Ansätze sollen zu gleichen Teilen Platz haben. Die meisten Tageszeitungen tun dies heute nicht. Die BaZ ist heute die führende Regionalzeitung im Raum Basel und ich möchte, dass dies auch so bleibt.

Markus Somm, 1965, studierte in München, Bielefeld und Zürich Geschichte und in Harvard Politikwissenschaft. Seit ca. 10 Jahren schreibt er über Schweizer Innenpolitik und Zeitgeschichte; zuerst beim Tages-Anzeiger, danach bei der Weltwoche. Nun amtiert er als Chefredaktor der Basler Zeitung. Er verfasste neben der Biographie über General Guisan («General Guisan – Widerstand nach Schweizer Art») auch eine über alt Bundesrat Christoph Blocher («Christoph Blocher – der konservative Revolutionär»). Er lebt mit seiner Familie in der Region Zürich.

Guisan-Gedenkausstellung

OBERST THOMAS FUCHS,
PRÄSIDENT DER SCHWEIZERISCHEN
VEREINIGUNG PRO LIBERTATE, BERN

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE pflanzte im Garten des Schlosses Jegenstorf am 1. Oktober 2010 im Beisein von über 130 Mitgliedern und Sympathisanten einen Apfelbaum der Sorte «Winterzitrone».

1. Grenadier der Gren RS 1944 in Locarno, welcher schrieb: «So lange es geistig geht und es meine Kräfte erlauben, diene ich mit meinen 86 Jahren dem Vaterland.»

Uniform und Stiefel des Generals im Schloss Jegenstorf.



Bilder: zvg

Wie eindrucksvoll dieser Tag und die Besichtigung der Guisan-Ausstellung war, zeigt eine Zusage von Weinbauer Reinhard Martin-Friedli aus Ligerz, dem



SBB-Generalsabo für den General.

Wir müssen die jungen Soldaten motivieren, mit innerer Überzeugung im Notfall das Leben zu opfern, wie wir den Aktivdienst geleistet haben. Der 1. Oktober 2010 war für mich ein erlebnisreicher Tag mit bleibenden Erinnerungen. Neue Kameradschaften wurden geschmiedet und als Höhepunkt durfte ich mit der Schaufel mithelfen, einen jungen Apfelbaum zu pflanzen zur Erinnerung an unseren lieben General Guisan».

Michail Gorbatschow ... ein «Gutmensch»?

4
5

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Ein deutscher Ministerpräsident bezeichnete ihn unlängst als seine «Lieblingsfigur in der Geschichte» mit dem Hinweis, «ohne ihn hätte es die Wiedervereinigung nicht gegeben». Diese Ansicht wird von nicht wenigen Menschen auch ausserhalb Deutschlands vertreten, sie ist indes falsch und übersieht völlig die Realitäten der damaligen Sowjetunion.

Als Gorbatschow am 12. März 1985 vom ZK der KPdSU «einmütig» (nicht «einstimmig») zum Generalsekretär gewählt wurde, konnte die dortige Landwirtschaft den Bedarf an Getreide nicht mehr decken und zwang den Staat zu hohen Importen aus dem Westen; bereits seit 1981 waren ernsthafte Versorgungsmängel bei Fleisch und auch anderen Grundnahrungsmitteln aufgetreten. Zweifellos gab es unter Gorbatschow Ansätze zur Rechtsstaatlichkeit, doch seine These von «Glasnost» – also «Transparenz» – wurde im Westen arg überschätzt.

Verminderte Undurchsichtigkeit

Es gab keine Durchsichtigkeit, sondern nur verminderte Undurchsichtigkeit. Pressefreiheit existierte auch jetzt nicht, politisch Andersdenkende fanden sich weiterhin im Arbeitslager wieder – was der Westen wohl (gerne?) übersah. Man wird ihn auch nicht als den alleinigen Erfinder dieser gewissen Verbesserungen sehen. Vielen Problemen hat er zum Durchbruch verholfen, die bereits unter der Oberfläche des Riesenreiches schwellten – etwa der Drang nach Offenheit oder der Ruf nach Steigerung der Wirtschaft.

Es blieb im Westen nicht unbemerkt, dass ab Frühjahr 1989 Tag und Nacht Güterzüge mit Kartoffeln aus Mecklenburg-Vorpommern (DDR) nach Sowjetrußland rollten. Im Juni räumte der Gast aus Moskau vor Bonner Parlamentariern ein, sein Land habe eine Versorgungskrise. Zu ihrer dringenden Überwindung brauchte die sowjetische Regie-

rung finanzielle Unterstützung des Westens.

Die USA als ideologischer Hauptfeind Nr. 1 fielen aus. Hingegen bot sich die westdeutsche Politik an, verfügte hier die UdSSR doch ein Faustpfand in Form ihres Satellitenstaates DDR; das galt um so mehr, als man diese längst nicht mehr unterstützen konnte und zudem der greise SED-Führer Honecker jeglichen Lockerungen ideologisch widersprach. Warum sollte Moskau «seine» DDR nicht preisgeben? Bereits nach dem Tode Stalins hatte dessen kurzfristiger Nachfolger Berija (der berüchtigte Chef der Geheimpolizei) der Bundesrepublik gegen sehr viel Geld ein neutrales Gesamt-Deutschland angeboten, was damals indes die West-Alliierten ablehnten.

Am 3.8.1989 nahm der Abhördienst der Deutschen Welle (Köln) eine Meldung von Radio Moskau auf, wonach es «in einigen Vororten Moskaus kein Brot mehr zu kaufen gibt!» Anfang 1990 stellte die sowjetische Aussenhandelsbank ihre Zahlungen für Importe aus dem Westen grösstenteils ein. Das Riesenreich drohte zu zerbrechen, die Nahrungsmittel-Lücke wurde durch massive Lebensmittel-Lieferungen aus dem Westen Deutschlands zumindest abgeschwächt. Ebenso vertraulich erhielt Aussenminister Schewardnadse auf sein Bitten von Bonn einen Kredit von fünf Milliarden DM.

«Es ging nur noch ums Geld»

Gorbatschow befürchtete Aufstände in der Sowjetunion, deren Völker immer mehr nach Unabhängigkeit strebten. Er kämpfte verzweifelt um den Erhalt seiner Macht, die zusehends auch von Alt-Stalinisten in Frage gestellt wurde. Die deutsche Frage geriet damit in den Hintergrund, entscheidend waren nur noch die überlebenswichtigen Kredite von der Bundesrepublik! Ein Zeitzeuge aus jenen Wochen damals berichtete: «Bei den Gesprächen (Gorbatschows) mit Kohl geht's nur noch um Geld. Denn die Lage im Sowjetreich ist nun völlig aus den Fugen, ohne Westkredite kann

Gorbatschow sich nicht mehr über Wasser halten.»

Es war nicht der gute Wille des Kreml-Herrschers, der schliesslich die Wiedervereinigung zulies. Die Ursachen waren vielmehr die Gebrechen seines untergehenden Systems, die ihn zu diesem Schritt zwangen! Warum auch sollte er den Deutschen entgegenkommen, die Wunden des Zweiten Weltkrieges waren gerade in seinem Lande keineswegs verheilt. Gorbatschows brutales Vorgehen 1989 gegen litauische Freiheitsbewegungen lässt ohnehin grössere Zweifel an seiner Menschen-Liebe aufkommen.

Offiziell spricht man heute von 20 Milliarden DM, die 1990/1991 von Bonn nach Moskau flossen. Indes belaufen sich sämtliche Finanzleistungen der Bundesrepublik an die Sowjetunion, die im Zuge des Wiedervereinigungs-Prozesses anfielen, auf rund 55 Milliarden Mark. Zu Ehren des damaligen Bundeskanzlers Kohl darf man heute sagen, dass er für die Einheit Deutschlands auch das Doppelte gezahlt hätte...

Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann ist regelmässiger Mitarbeiter von politik.ch. Er hat die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts selbst erfahren. Der Jurist (geb. 1928) studierte in Rostock und Leipzig Jura und floh 1950 aus politischen Gründen in den Westen. Nach Abschluss des Studiums und der Promotion an der Universität Basel arbeitete er für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, anschliessend für das Bundesverteidigungsministerium (Psychologische Kampfführung). Von 1970 bis 1992 war er Redaktor im Abhördienst der «Deutschen Welle». Hier hat er die Fragen rund um die Wiedervereinigung aus nächster Nähe mitverfolgt. Er ist Autor zahlreicher Artikel und Bücher über östliche Spionage und besucht die Schweiz regelmässig.

Dr. Schlomann wird 2011 bei Pro LIBERTATE ein Referat zum Thema «Was wusste der Westen?» halten. Unsere Leserschaft wird dazu rechtzeitig eingeladen.

Die Sicherstellung der Lufthoheit ist in der Bundesverfassung fest verankert



JACQUELINE HOFER,
GEMEINDERÄTIN, DÜBENDORF
UND PRÄSIDENTIN
SVP-FRAUEN KANTON ZÜRICH

Der oberste Auftrag der Schweizer Armee umfasst den Schutz von Land und Leuten. Die Wahrung und Sicherstellung der Lufthoheit ist Kern- und Dauereinsatz-Aufgabe der Schweizer Luftwaffe. Eine aktive Luftraumüberwachung ist aber nur dann möglich, wenn die Durchhaltefähigkeit während mehreren Wochen gegeben ist. Daher ist es unerlässlich, dass nicht nur die Operationszentrale dauernd besetzt ist, sondern auch die entsprechenden Interventionsmittel rund um die Uhr einsatzbereit sind. In Ländern wie Deutschland und Frankreich stehen permanent genügend Kampfflugzeuge zur Verfügung, welche auf verschiedenen Flugplätzen stationiert sind. Hier ist offensichtlich der politische Wille vorhanden, die Einsatzbereitschaft einer Luftwaffe, besonders in Zeiten vielschichtiger Bedrohungsformen, auf hohem Bereitschaftsniveau zu halten. Das bedeutet aber auch, ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen, um diesen Auftrag, der schlussendlich zur Stabilisierung beiträgt, erfüllen zu können.

«Taking things for granted»

(Dinge für selbstverständlich halten) Es ist ein massiver Irrtum zu glauben, dass die Sicherheit in unserem Land eine Selbstverständlichkeit ist. Die Unbekümmertheit armeefeindlicher Strömungen ist äusserst bedenklich. Diese Gutmenschenpolitik ist ein Stolperstein, der im Endeffekt zum sicheren Fall führt.

Der Wert der Sicherheit hat nach wie vor grösste Bedeutung. In der Schweiz ist die Gewährleistung der Sicherheit zu einem grossen Teil dem täglichen persönlichen Einsatz der Mitglieder der Schweizer Luftwaffe zu verdanken. Sie leisten u.v.a. einen äusserst wertvollen Luftpolizei-Dienst, um die nationale Lufthoheit zu garantieren, den Luftraum über der Schweiz zu sichern, die Benutzung der Luftverkehrswege zu gewährleisten und Land und Leute, Anlässe und Objekte vor Gefahren aus der Luft zu schützen.

Ein klares Nein zur GSOA-Initiative gegen die Beschaffung von Kampfflugzeugen

Die armeefeindliche und realitätsfremde Initiative der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSOA) ist entschieden zu bekämpfen. Stattdessen ist die Schweizerische Landesverteidigung auf allen politischen Ebenen zu unterstützen und mit genügend finanziellen Mitteln zu stärken. Armeegegner, meist Personen, die sich offenbar wenig mit der Geschichte und den Fakten befasst haben, kämpfen mit aller Vehemenz und reinem Machtgehabe gegen die Interessen der Schweizerischen Landesverteidigung und somit gegen die Interessen unseres Landes. Anstatt eine Stabilisierung herbeizuführen, verzögern

unnötige politische Debatten wichtige Entscheide. Der Schaden ist heute bereits enorm.

Jetzt sind Entscheide zugunsten unserer Landesverteidigung gefordert.

Unsere Luftwaffe ist mittlerweile mit gravierenden Engpässen konfrontiert. Die betagten, über 30 Jahre alten 54 F-5E-Tiger-Kampfflugzeuge sind weder wettertauglich noch verfügen sie über die nötige Kampfkraft. Ein Ersatz ist dringendst notwendig, denn mit lediglich 33 F/A-18 lässt sich die eingangs erwähnte Durchhaltefähigkeit während einer längeren Zeitperiode nicht sicherstellen.

Krisenlagen und deren Entwicklung können naturgemäss nicht prognostiziert werden. Eine andauernde Krise mit einem 24-Stunden-Einsatz wäre bereits heute für die Schweizer Luftwaffe problematisch. Das mittlerweile leider drastisch eingeschränkte Einsatzspektrum, insbesondere die Vergabe der Erdkampf- und Aufklärungskompetenz rufen nach dringend benötigten finanziellen Mitteln. Auch diese Lücken sind mit der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen zu schliessen.

Die überalterte Tiger-Flotte ist dringend abzulösen, denn die rasche Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen ist nicht nur eine friedenssichernde und sicherheitspolitische Notwendigkeit, sondern auch im Hinblick auf die Kompensationsgeschäfte auch von grosser wirtschaftlicher Bedeutung. Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Bundesbern sind aufgerufen, den ständigen Sinkflug des Verteidigungsbudgets endlich zu stoppen. Es braucht genügend finanzielle Mittel um die Schweizerische Armee zu einer der Besten zu machen. Denn ich bin nicht bereit, unser Land, unsere Freiheit und Eigenständigkeit aufzugeben. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Korrekturmeldung

Die von Euch in der Ausgabe 5/10 erwähnte Parteizugehörigkeit von alt-Bundesgerichtspräsident Nay stimmt nicht. Nay gehört nicht der SP, sondern der CVP an. Auch den FDP-Stadtpräsidenten von Solothurn hättet Ihr erwähnen können. Die Mitte-Parteien mixen also ganz schön mit im Club Helvetique...

Mit besten Grüssen
Maximilian Reimann, Ständerat,
5073 Gipf-Oberfrick



Bild: zvg

Das Dschihad-System: In Allahs Namen

CHRISTOPH ROTHÄMEL, CHEMNITZ

6
7

Was verbindet Ehrenmorde mit terroristischen Anschlägen und steigende Gewalt in deutschen Grossstädten mit der Zunahme islamisch dominierter Stadtviertel? Diese Frage hat sich der Sozialwissenschaftler Manfred Kleine-Hartlage in seinem Buch «Das Dschihad-System. Wie der Islam funktioniert», gestellt. Mithilfe des Korans und der islamischen Expansionsgeschichte zeigt der Autor, dass der Islam seinem Selbstverständnis nach ein alle Lebensbereiche durchdringendes Werte- und Normensystem ist. Er breitet sich dort zuerst aus, wo keine gesellschaftlichen Regeln mehr verbindlich und unklar gelten. Islamische Kräfte nutzen anarchische Freiräume in den liberalen Staaten des Westens und etablieren im Glauben gottgefälligen Handelns ein Netz kultureller Selbstverständlichkeiten, das auf Nichtmuslime gesellschaftlich und politisch zwangsläufig ausgreifen muss.

Nehmen wir die Muslime beim Wort

Manfred Kleine-Hartlage hat sich vorgenommen, nicht den Fehler zu begehen, westliche Begriffsschablonen unreflektiert zur Erklärung der islamischen Religion zu nutzen. Der Fehler in den meisten Analysen zum Thema islamischer Lebensgestaltung liegt bereits darin, die in Europa entwickelten Vorstellungen über die Stellung der Religion im Leben des Einzelnen und im Staat auf das islamische Selbstverständnis zu übertragen. Während Religion im Selbstverständnis moderner europäischer Gemeinschaften ein relativ autonomer Lebensbereich neben anderen wie Wissenschaft und Politik ist, weicht die Erwartungshaltung von Muslimen oder islamisch sozialisierten Menschen von dieser Anschauung erheblich ab. Eine ethisch tugendhafte Gesellschaft ist aus muslimischer Sicht überhaupt nur möglich, wenn Muslime die ihnen vorgegebenen Regeln umsetzen. Die vorbewussten Annahmen darüber, was wahr/falsch, gut/böse oder legitim/illegitim ist, bestimmt sich nach den Worten Allahs und dem Zwang sich daran zu halten. Während christliche Theologen permanent ihre Religion hinter-

fragen, sucht man diese Selbstreflexivität im Islam vergebens. Die Regeln für den Alltag sind nicht innerliche Selbstverpflichtung, sondern unterliegen, wie das regelmässige öffentliche Gebet gen Mekka zeigt, einer Kontrolle durch die Glaubensgemeinschaft.

Der Islam ist nicht mit europäischer Logik zu durchdringen

Islam als Dschihadssystem funktioniert dezentral. Auch islamische Herrscher können ihre Legitimität nur durch tatsächlich islamkonformes Handeln erweisen. Wer sich zu sehr vom Islam entfernt, herrscht nicht lange. Auch Saddam Hussein, Vorsitzender der sozialistischen Baath-Partei des Irak, musste seine Frömmigkeit unter Beweis stellen und liess den Segensspruch «Allahu akbar!» (Allah ist gross) in die irakische Nationalflagge einarbeiten.

Abstrakte Regeln, die die legitime Weitergabe der weltlichen Herrschaft bloss durch ihre Einhaltung sichern, wie etwa Wahlen oder die Besteigung des Throns durch den rechtmässigen Thronfolger, sind dem Islam als Grundlage der Herrschaftsbegründung fremd. Die Scheidung des Neuen Testaments «Gebt denn dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.» (Matth. 22, 21) ist im Islam unbekannt, verstösst vielmehr gegen Gottes Gebote.

Gewalt als Teil islamischer Gerechtigkeit

Islamische Gerechtigkeit folgt aus der Rangordnung, die Allahs geoffenbartes Wort vorgibt. Für Muslime ist es ungerecht, wenn Muslime und Nichtmuslime gleichrangig behandelt werden sollen, weil die Scharia, das islamische Recht, das Gegenteil vorsieht. Das Recht, die Rangordnung notfalls mit Gewalt herzustellen, ist religiöse Pflicht. Gewaltanwendung differenziert die islamische Gesellschaft aus. Allah darf alle strafen, der Mann seine Frau, der Muslim den Nichtmuslim, der Vater den Sohn, usw. Gewalt hat darüber hinaus Mitteilungscharakter und soll deutlich machen, dass normkonformes Verhalten das Ausbleiben von Gewalt zur Folge hat und sichert die sukzessive Etablierung islamischer Strukturen. Muslime können sich in der Regel auf ein ausserordentliches

Mass an Solidarität ihrer Glaubensgenossen verlassen, sofern die Gewalt sich gegen Ungläubige richtet. Ein Staat wie der unsrige, der unislamisches Handeln voraussetzt, ist notwendig ungerecht, widerspricht den Heilsplänen Allahs und gilt als unsittlich. Loyalität zu diesem Staat führt unweigerlich zum Konflikt mit den eigenen Leuten. In diesem Rahmen sind auch die Debatten um die Verschleierung der Frau als Scheingefechte zu entlarven. Im Glauben, dass die Absonderung von den «Unreinen» geboten ist und ihre Belohnung im Jenseits findet, ist es unerheblich, ob wir nach christlich-säkularisierten Vorstellungen dies als eine Einschränkung der persönlichen Freiheit werten oder nicht. Darauf kommt es gar nicht an. Eine Frau, die sich unislamisch verhält, sieht sich Beschimpfungen und Übergriffen seitens männlicher Muslime ausgesetzt. Verschleierung wird durch die alternativ drohende Konsequenz zum Gewinn an Freiheit.

Die Moschee ist keine Kirche

Auch der Umgang mit nichtislamischen Gesellschaften ist durch das islamische Recht geregelt. Nicht-islamische Gesellschaften sind Missionsgebiet, jeder ist frei zum Islam zu konvertieren, es soll sogar angeboten werden. Hier ist das Haus des Krieges (Dar al-Harb). Es gibt maximal Waffenstillstand und alles ist erwünscht, was der Ausbreitung islamischer Strukturen dient. Der Kampf mit der Waffe ist keine Voraussetzung. Im Gegenteil ist er sogar solange unerwünscht, wie eventuelle Gegner muslimischer Dominanz zu erfolgreicher Gegenwehr veranlasst werden könnten. Wer diese Ausbreitung ablehnt, gilt bereits als Feind des Islam. Erst dort, wo die Scharia etabliert ist, das heisst der öffentliche Raum nach islamischen Vorstellungen geregelt ist, herrscht Frieden. Die Moschee gilt als Gemeindezentrum und dient einerseits der Verwirklichung autonomer muslimischer Strukturen, ist andererseits aber auch der Kernpunkt der Territorialisierung. Hier finden nicht nur die Gottesdienste statt, sondern im ganzen Umkreis gilt unislamische Handlung als Frevel. Es ist kein Zufall, wenn hier auch Arbeitsplätze entstehen und sich Firmen ansiedeln sollen.

Euro-Islam?

Die Verwestlichung islamischer Lehren setzt voraus, dass der koranische

Text Gegenstand kritischer Exegese wird. Kleine-Hartlage zeigt, dass die Erwartung der progressiven politischen Strömungen, der moderne Lebensstil sei so verlockend, dass eine solche Transformation eintreten werde, gewagt ist. Die Frage, was eigentlich vom Islam (= Unterwerfung) bleibt, wenn Allahs Wort nicht mehr Allahs Wort sein soll, ist nicht von der Hand zu weisen. Eine Aufweichung des Islam würde auf Grund dessen umfassenden Charakters gleich den Zusammenbruch der ge-

samten muslimischen Gesellschaft bedeuten. Bevor sich eine solche Strömung durchsetzt, ist eher mit einer massiven Gegenbewegung aus dem islamischen Lager selbst zu rechnen, um die Abtrünnigen zur Ordnung zu rufen, falls erforderlich auch mit Gewalt.

Manfred Kleine-Hartlage:
Das Dschihadssystem, Paperback,
Resch-Verlag 2010, 296 Seiten,
30 Franken Bestellung mit Talon
letzte Seite



Fritz von Gunten

Denk mal – ein Denkmal

DR. PHIL. JÜRIG STÜSSI-LAUTERBURG,
HISTORIKER, 5210 WINDISCH

Was PRO LIBERTATE nicht alles bewirkt! Die Vereinigung, welche in den Tagen des Kalten Krieges für die offene Gesellschaft und gegen die totalitäre Bedrohung gegründet wurde und bis heute in diesem Sinne wirkt, steht am Anfang des vorliegenden Buches. PRO LIBERTATE hat 1964 auf dem Belpberg einen Gedenkstein für den vierten ermordeten amerikanischen Präsidenten John Fitzgerald Kennedy aufgestellt und dieser Stein hat den Kulturvermittler Fritz von Gunten zu einem weiteren hervorragenden Werk veranlasst. «Denk mal – ein Denkmal» lädt ein zu über 170 Denkmälern im Kanton Bern, welche in ihrer Vielfalt Zeugnis ablegen vom Reichtum



der Geschichte von den Tagen des Laupensiegers Rudolf von Erlach über jene des Murtenverteidigers Adrian von Bubenberg bis zur Zeit Niklaus Friedrich von Steigers, dessen gelebter Widerstandswille angesichts des Franzoseneinfalls vielleicht der wichtigste einzelne Faktor im politischen Überleben der Eidgenossenschaft war. Wir finden

bekanntere Namen – von Winston Churchill bis Henri Guisan und von Ulrich Ochsenbein bis Albert Schweitzer –, gewiss, aber auch einige weniger geläufige, die zu entdecken oder wieder zu entdecken sich lohnt: Ueli Galli ist da, der Eggwiler Anführer im Bauernkrieg, und Johann August Sutter, dessen Generalstitel zweifelhaft gewesen sein mag, dessen Platz in der kalifornischen Geschichte und in der Romantik ihm aber gewiss ist. Rudolf Rickenbacher bezahlte 1940 seinen Einsatz für die freie Schweiz am Himmel über dem Jura mit dem Leben, genauso wie 142 Jahre vor ihm jene 16 treuen Schweizer bei St. Niklaus. Das Werk ist eine willkommene Aufforderung, sich auf den Weg zu machen, mit den Füßen und mit dem Kopf!

Denk mal – ein Denkmal
Fritz von Gunten
Huttwil: Schürch, 2010
ISBN 978-3-9523719-2-3

LESERBRIEF

Täuschung der Stimmbürger

Normalerweise könnte man ja annehmen, dass ein Gegenentwurf zu einer Initiative in etwa so aussieht: Etwas abgeschwächt aber trotzdem in die selbe Stossrichtung wie die Initiative. Das war einmal. Liebe Mitbürger: Ich warne Sie ausdrücklich vor einer groben Täuschungskampagne, die bei der kommenden Abstimmung über die Ausschaffung krimineller Ausländer auf uns zurollen wird. Da versuchen uns die Gegner der Ausschaffungsinitiative doch tatsächlich weise zu machen, dass ihr Gegenvorschlag ebenfalls darauf abziele, kriminelle Ausländer auszuschaffen. Dabei zielt dieser Ge-

gentwurf genau in die andere Richtung und möchte ganz im Gegensatz zur Ausschaffungsinitiative die Ausschaffung von schwerkriminellen Ausländern mit allen Mitteln verhindern. Ich traute meinen Augen nicht: Der Gegenvorschlag verschlimmert die heutige Situation ganz drastisch und ist zwingend abzulehnen.

Der Gegenentwurf verweist in einer viel zu allgemeinen und unbestimmten Form auf das allgemeine Völkerrecht. Er verzichtet auf die klare Unterscheidung zwischen zwingendem und allgemeinem Völkerrecht. So werden in vielen Fällen etwa die Rechte der Schwerverbrecher höher gewichtet als das Sicherheitsinteresse der Öffentlichkeit. Mit einem derart grossen richterlichen Ermessensspielraum würden fast keine Ausschaffungen

mehr praktiziert oder sie würden zumindest in Folge von Rekursen über Jahre blockiert. Das kann doch nicht im Sinne der Schweizer Bevölkerung sein, die kriminelle Ausländer endlich zur Rechenschaft ziehen möchte? Ich weiss nicht, was Sie über die endlose Gewalt gewisser ausländischer Mitbürger denken. Ich jedenfalls habe langsam aber sicher genug von den täglichen sinnlosen Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen, vom Drogenhandel und auch vom Sozialhilfemissbrauch. Wer sich hier als Gast nicht an unsere Regeln hält, soll unser Land verlassen müssen. Wer auch so denkt muss unbedingt auch Ja zur Ausschaffungsinitiative und Nein zum Gegenvorschlag sagen am 28. November.

Olivier Kessler, Wollerau

PRO LIBERTATE- Schluss Tradition

LUBOMIR WINNIK, 6600 MURALTO

8

Auf dem Foto sieht man Jodler vor der Schweizer Botschaft in Kiew.

Pikant: Alle Personen auf dem Bild stammen aus der westukrainischen Stadt Kolomea, wo zur Zeit eine Fotoausstellung unseres Korrespondenten Lubomir Winnik stattfindet. Die Leute sind deutschstämmig und haben Schweizer Wurzeln. Der Präsident des Deutschen Vereins heisst Kolomea Sinowij Schmidl (in der Mitte mit Sohn). PRO LIBERTATE gratuliert zu diesem gelungenen Auftritt und sendet die besten Grüsse in die ferne Ukraine, wo Schweizer Tradition noch hoch angeschrieben ist.



Bild: zvg

Friedensnobelpreis

In den PL-Mitteilungen vom Mai dieses Jahres schrieb Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann folgendes:

Einer der bekanntesten Menschenrechts-Aktivisten, der Universitätsprofessor Liu Xiaobo, wurde zu elf Jahren Haft verurteilt – es ist für ihn bereits das vierte Mal! Schon seit Dezember 2008 war er in Sonderhaft, ohne einem Richter vorgeführt zu werden oder einen Rechtsanwalt sprechen zu dürfen. Der 54 Jährige ist einer der wichtigsten Verfasser der «Charta 08» (die inzwischen von mehr als 10'000 Chinesen online unterzeichnet wurde). Dieser Freiheitsaufruf, der von der tschechoslowakischen «Charta 77» aus dem Umbruchsjahr 1989 inspiriert wurde, fordert Staat und Partei der Volksrepublik auf, sich an ihre eigenen Gesetze und an die Verfassung zu halten. Weiterhin verlangt die Charta freie Meinungsfreiheit, offene Wahlen und Religionsfreiheit. In westlichen Demokratien blasse Selbstverständlichkeiten, im heutigen China hingegen ein Verbrechen wegen «Umsturzversuch der Regierung»!

Am 8. Oktober dieses Jahres erhielt Liu nun den Friedensnobelpreis für seinen langen und gewaltlosen Kampf für menschliche Grundrechte in China.

Die Leserschaft der PL-Mitteilungen kannte diese Persönlichkeit aus dem Artikel «Freiheit auch für China» zu diesem Zeitpunkt bereits. Wir danken Dr. Schlomann für diese frühzeitige Information und seine fundierten Abklärungen.

Brandneu!

Der attraktiv und bunt gestaltete

Armeekalender 2011

Das willkommene Geschenk für Freunde, Bekannte oder für sich selbst.

Für Ihre Bestellung benutzen Sie bitte den unten stehenden Talon.



Bild: zvg

Die Bestrebungen von **PRO + LIBERTATE** für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Senden Sie mir Expl. «Das Dschihad-System: In Allahs Namen» zum Preis von Franken 30.–
- Senden Sie mir Expl. «Armeekalender» zum Preis von Franken 20.–
- Senden Sie mir Expl. «Freier Fels in brauner Brandung» zum Spezialpreis von Franken 26.– (statt Franken 39.–)
- Senden Sie mir Expl. «Schweizer Widerstand gegen Nazi-Deutschland» zum Preis von Franken 49.–

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

6.10

Agenda-Hinweis:

**Hauptversammlung
PRO LIBERTATE,
Samstag 19. März 2011,
ab 10.15 Uhr,
Restaurant Bären,
Ostermundigen/BE**

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,

Postfach 587, 3052 Zollikofen

Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85

Internet: www.prolibertate.ch

E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.

Erscheint 6-8x jährlich. Leserschriften müssen

nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz
Patrick Freudiger (Vize-Präsident), 4900 Langenthal
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Jürg M. Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen
Sylvia Lafranchi-Haas, 3006 Bern
Nathalie D'Addezio, 3006 Bern